

Meldungen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Grenzgefechte

Bei einer Schießerei an der pakistano-indischen Grenze unweit der punjabischen Industriestadt Sialkot im Nordosten Pakistans sind am 19. August nach pakistanschen Behördenangaben fünf Menschen getötet worden. Unter den Opfern befanden sich laut vorliegenden Informationen vier indische Soldaten und ein pakistanischer Armeemitglied. Außerdem seien zwei weitere pakistanische Soldaten mit Verletzungen nach Sialkot in ein Krankenhaus gebracht worden, hieß es. Auslöser des Schußwechsels soll demnach ein Versuch der indischen Streitkräfte gewesen sein, Agenten über die Grenze zu schleusen. Die indische Seite äußerte sich zunächst nicht zu diesen Vorwürfen.

Seit Beginn der Friedensgespräche zwischen beiden Ländern im März dieses Jahres war dies zumindest im Grenzabschnitt Punjab der erste schwere Zwischenfall dieser Art. Die übrigen gemeldeten Scharmützel ereigneten sich ausnahmslos entlang der Waffenstillstandslinie im gleichermaßen von Pakistan und Indien beanspruchten Kaschmir.

Sunnitisch-schiitischer Sektenkrieg

Die seit Jahresbeginn eskalierende Attentatsserie verfeindeter schiitischer und sunnitischer Terrorgruppen in Pakistan mit zuletzt beinahe täglichen Zwi-

schenfällen mit tödlichem Ausgang hat am 10. August einen neuen blutigen Höhepunkt erreicht: Drei Mordanschläge innerhalb weniger Stunden forderten insgesamt zwölf Tote und 28 Verletzte. Allein in der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore, wo vier mit Kalaschnikows bewaffnete Männer während des Abendgebets unter den Besuchern einer sunnitischen Moschee ein Massaker anrichteten, starben neun Menschen. Sieben weitere wurden dabei zum Teil lebensgefährlich verletzt. Die Täter konnten mit Motorrädern unerkannt entkommen. Kurz zuvor hatten zwei Unbekannte in der Altstadt der Sechs-Millionen-Metropole den Bruder eines hochrangigen schiitischen Islamistenführers erschossen, weshalb die Polizei mit Blick auf das Moscheeattentat in ersten Stellungnahmen von einem Racheakt militanter Schiiten ausging.

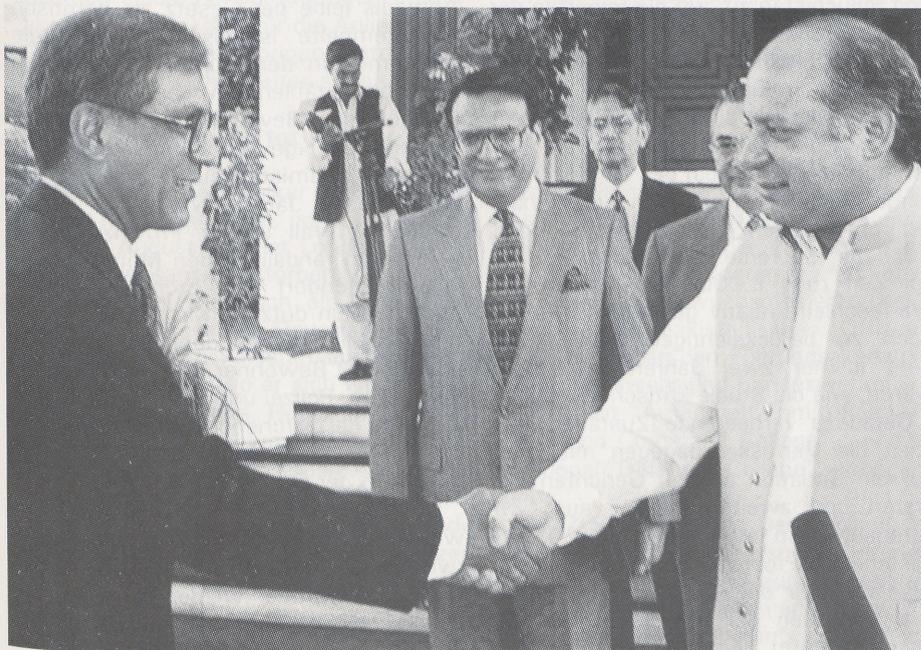
Auch ein dritter Anschlag im südpunjabischen Multan, wo Unbekannte während der Gebetszeit in den Innenhof einer sunnitischen Moschee eine Handgranate warfen und dabei zwei Gläubige töteten und 20 weitere verletzten, steht offenbar im Zusammenhang mit dem Untergrundkrieg schiitischer und sunnitischer Terrorbanden.

Beobachter machen hierfür in erster Linie zwei kleine radikale Splitterparteien verantwortlich, die bei Wahlen aus eigener Kraft noch nie einen Parlamentssitz erobern konnten. Aus dem radikal-sunnitischen Spektrum ragt die 'Sipah-e-Sa-

haba Pakistan' (SSP) hervor, die mit militanten Mitteln in Pakistan islamisches Recht in der Variante der deobandisch-sunnitischen Rechtsschule durchsetzen will, das auch für die Anhänger der schiitischen Glaubensrichtung und die Angehörigen der religiösen Minderheiten gelten soll. In der jüngsten Vergangenheit machte die SSP vor allem mit der gezielten Erschießung führender schiitischer Geistlicher durch Terrorkommandos von sich Reden. Aber auch die spektakulären Erstürmungen des iranischen Konsulats in Lahore und des iranischen Kulturzentrums in Multan im Februar dieses Jahres gehen nach Erkenntnis der ermittelnden Behörden auf das Konto dieser Gruppierung.

Als Hauptgegenspieler der SSP gilt eine schiitische Organisation namens 'Tehrik-i-Jafria Pakistan' (TJP), die die Einführung der "Jafria" genannten schiitischen Variante des islamischen Rechts in Pakistan anstrebt. Auf die Ermordung schiitischer Gelehrter reagierte die TJP mit Anschlägen auf sunnitische Moscheen. Allein in diesem Jahr fielen dieser Fehde der Sekten fast 200 Menschen zum Opfer. Im Brennpunkt des Geschehens steht dabei mit mehr als 160 Toten in acht Monaten die dichtbevölkerte Provinz Punjab, die damit nach dem bürgerkriegsgeplagten Karachi vor einer traurigen Karriere als weiterer Krisenherd des Landes steht.

Staat und Regierung sahen dem Treiben der militanten Sekten bislang frei tatenlos zu. Zwar folgen spektakulären Attentaten regelmäßig medienwirksame Verhaftungswellen unter Anhängern und Mitgliedern islamistischer Parteien, doch die wirklichen Täter werden selten gefaßt. Im Gegenteil: SSP-Chef Maulana Azam Tariq beispielsweise, dem die Verantwortung für zahlreiche Morde zur Last gelegt werden, bekleidete noch vor einem halben Jahr in der punjabischen Provinzregierung einen Posten. Trotz laufender Ermittlungen wegen Mordes in mindestens fünf Fällen wurde er nicht daran gehindert, sich im Februar diesen Jahres in den punjabischen Landtag wählen zu lassen, dem er jetzt mit allen Privilegien eines Abgeordneten angehört. Kurz vor den jüngsten Mordanschlägen wurde der Islamisten-Führer zwar erstmals in Polizeigewahrsam genommen, doch die Untersuchungshaft ist auf zwei Wochen befristet, so daß der Maulana mit seiner baldigen Freilassung rechnen kann. Während seines jetzigen Gefängnisaufenthaltes hatte Azam



Trotz indisch-pakistanischer Gespräche kommt es wieder zu Grenzgefechten (Foto: 'Outlook')

Tariq bereits die Ehre, vom Vorsitzenden des Supreme Court und vom punjabischen Chefminister Shabaz Sharif empfangen zu werden. Auch der derzeit meistgesuchte Terrorist Riaz Basra, auf den ein Kopfgeld in Höhe von zwei Millionen Rupien ausgeschrieben wurde, erfreut sich großer Freiheiten. Nur so ist es zu erklären, daß in der Urdu-Presse regelmäßig Artikel und öffentliche Stellungnahmen des Top-Terroristen erscheinen.

Der neugewählte Premierminister Nawaz Sharif, der zum Amtsantritt versprochen hatte, im Jubiläumsjahr der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit und Gründung Pakistans den Terror der Islamisten zu beenden, ist nach den jüngsten Attentaten ernsthaft in politische Bedrängnis geraten. Anstatt sich im Festglanz des goldenen Jubiläums im Kreis illustrierter Gäste aus dem In- und Ausland als Staatsmann profilieren zu können, wurde Sharif durch die Gewalttaten islamistischer Terrorgruppen in höchst peinlicher Weise daran erinnert, daß man heute weiter denn je von der Realisierung der ursprünglichen Vision des Projekts Pakistan - heute mit mehr als 130 Millionen Muslimen (davon rund ein Viertel Schiiten) zweitgrößtes islamisches Land der Erde - als friedliche Heimat für die Muslime des Subkontinents entfernt ist.

Gewalt in Karachi hält an

Seit der Ermordung des Direktors der Elektrizitätswerke von Karachi (KESC), Shahid Hamid, am 5. Juli, scheint sich die Lage in der krisengeschüttelten Millionenmetropole wieder zuzuspitzen. Nach dem Regierungswechsel Ende letzten Jahres und dem Erfolg der 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM) bei den Parlamentswahlen im Februar hatte sich die Situation zwischenzeitlich entspannt. Vor allem der Umstand, daß die auch vor terroristischen Gewalttaten nicht zurückschreckende MQM als Interessenvertretung der urdusprachigen Minderheit jetzt in der Provinz Sindh als Koalitionspartner der 'Pakistan Muslim League' (PML) von Nawaz Sharif mitregiert, weckte in der leidgeprüften Bevölkerung Hoffnungen auf einen dauerhaften Frieden. Doch seitdem die Interessengegensätze in der sindhischen Provinzregierung zwischen MQM und PML immer deutlicher zu tage treten, häufen sich auch wieder die Meldungen über Terrorakte. Die neueste "Spezialität" der Attentäter, die von den Behörden dem MQM-Umfeld zugerechnet werden, ist offenbar die gezielte "Hinrichtung" per Kopfschuß von Spitzenbeamten, Funktionären und hohen Polizeioffizieren. Allein in diesem Jahr haben die Terroristen nach Angaben des Generalinspektors

der sindhischen Polizei, Syed Mohib Asad, von Januar bis Juli 392 Menschen in Karachi auf diese Weise ermordet. 2.000 Verdächtige wurden nach Recherchen des Nachrichtenmagazins 'Herald' im selben Zeitraum von den Sicherheitskräften verhaftet, jedoch ohne spürbaren Erfolg.

750000 Verfahren blockieren Justiz

Die 'Pakistan Law Commission' kommt in einer am 9. August in Islamabad veröffentlichten Studie zur Lage der pakistanischen Gerichtsbarkeit zu einem vernichtenden Ergebnis: Demnach sind derzeit an pakistanischen Gerichten insgesamt 747.632 Verfahren anhängig, was die Funktionstüchtigkeit der Landesjustiz angesichts der geringen Kapazitäten auf allen Ebenen nahezu zum Erliegen bringt. Allein die Gerichte an der Spitze des Instanzenweges, wozu der 'Supreme Court', die 'High Courts' der vier Provinzen und der 'Federal Shariat Court' zählen, sehen sich gegenwärtig einer Flut von 158.620 unerledigten Fällen gegenüber. Knapp die Hälfte dieser Verfahren sind am 'Lahore High Court' der Provinz Punjab registriert, der mit 44 Richtern hoffnungslos überfordert ist. Die Folge: In den Gerichtsarchiven warten viele unerledigte Fälle bereits seit 20 Jahren auf den Prozeßbeginn, mit entsprechend deprimierenden Konsequenzen für Kläger und Untersuchungshäftlinge.

Ähnlich katastrophale Verhältnisse herrschen auch am 'Sindh High Court' in Karachi, wo 19 Richter einer Lawine von fast 63.000 schwebenden Gerichtsverfahren gegenüberstehen. Vergleichsweise beschaulich geht es an den Obersten Gerichtshöfen der Provinzen 'North-West Frontier Province' (NWFP) und Baluchistan zu, wo die Experten der Rechtskommission lediglich 11.500 bzw. 655 unerledigte Fälle zählten. Hier kommt nach Einschätzung der Studie zum Tragen, daß die Bevölkerung dieser Regionen die meisten Rechtsstreitigkeiten gemäß den Regeln des sogenannten 'Jirga'-Systems weitgehend außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit klärt. Auch der 'Supreme Court' schneidet mit zur Zeit rund 8.000 Verfahren in der Warteschleife relativ gut ab. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, daß dieser Berg in nur zwei Jahren aufgehäuft wurde, wie die Studie kritisch anmerkt.

Geradezu verheerende Zustände machen die Verfasser dagegen mit Blick auf die Situation an den Gerichten der ersten und zweiten Instanz aus, wo demnach allein im Punjab rund 400.000 anstehende Prozesse auf Halde liegen. Was dies für die Rechtssicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz bedeutet, liegt auf der Hand.

Als Ursache hierfür benennt der Justizreport in erster Linie die häufigen Regierungswechsel der Vergangenheit, die sich jeweils mit parteipolitisch begründeten personellen Um- und Fehlbesetzungen von Richterposten bemerkbar machten.

Christen gegen Diskriminierung

Im Vorfeld des 50. Jahrestages der Gründung Pakistans haben am 11. August in der punjabischen Millionenstadt Faisalabad mehr als 10.000 Menschen gegen die anhaltende Diskriminierung der religiösen Minderheiten in der Islamischen Republik protestiert. Die Demonstranten folgten dabei dem Aufruf dutzender christlicher Organisationen, Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen, die damit die Regierung in Islamabad an die bei der Staatsgründung versprochene und auch in der Verfassung verankerte Glaubens- und Religionsfreiheit für Nicht-Muslime erinnern wollten. Die Praxis aber sieht ganz anders aus. Laut amnesty international laufen derzeit gegen mehr als 2.000 Angehörige religiöser Minderheiten Strafverfahren wegen angeblicher Glaubensdelikte, was in der Regel mit hohen Geld- und Freiheitsstrafen geahndet wird. Sieben Angeklagte, darunter vier Christen, müssen gar mit einer Verurteilung wegen Gotteslästerung rechnen. Hierauf steht nach geltendem Recht die Todesstrafe. In der Vergangenheit wurden im Rahmen solcher Blasphemie-Prozesse bereits sechs Todesurteile verhängt. Daß alle Delinquenten bislang begnadigt wurden, werten Menschenrechtler als untrügliches Zeichen für die in der Regel höchst zweifelhafte Beweislage in solchen Fällen.

Außerdem sind Christen, Hindus und Ahmadis (eine per Gesetz als häretisch abgestempelte islamische Sekte), die zusammen in dem rund 137 Millionen Einwohner zählendem Land etwa vier Prozent der Bevölkerung ausmachen, immer wieder gewalttätigen Übergriffen militanter Islamisten ausgesetzt. Im Februar diesen Jahres wurde bei einem solchen Vorfall in der Provinz Punjab von einem randalierenden Mob ein ganzes Christendorf dem Erdboden gleichgemacht. Ein dutzend Kirchen und mehrere Schulen gingen dabei in Flammen auf und 50 Bewohner trugen Verletzungen davon. Polizei und Behörden - so der Vorwurf der Kirchenoberen - überließen die Dörfler ihrem Schicksal und suchten ihr Heil in der Flucht.

Unter einer in den ländlichen Gebieten weitverbreiteten Form der Gewalt gegen religiöse Minderheiten leiden vor allem die Frauen: Immer wieder berichtet die pakistanische Presse über Entführungen insbesondere von Christinnen, die an-

schließlich mit muslimischen Männern zwangsweise verheiratet werden. Laut Auskunft des prominenten katholischen Bischofs von Faisalabad sind allein in diesem Jahr mehr als 300 solcher Fälle bekannt geworden. Sämtliche Täter blieben demnach trotz entsprechender Anzeigen der Angehörigen der Opfer unbehelligt.

Minderheitenvertreter und Menschenrechtler machen für diese Zustände vor allem das sogenannte Blasphemie-Gesetz 295-C verantwortlich, das die Beleidigung des Propheten Mohammed, des Korans und des Islams bei Todesstrafe verbietet. Militärdiktator Zia-ul-Haq ließ diesen Paragraphen 1986 per Dekret in das Strafrecht einrücken, um im Zuge seiner Islamisierungspolitik mit dem Eingehen auf entsprechende Forderungen radikaler Islamisten sein Regime auf Kosten der religiösen Minderheiten zu legitimieren. Nach dem Tod des Diktators ließ der demokratisch gewählte Premier Nawaz Sharif diese Bestimmung 1991 noch einmal verschärfen, da er damals die Unterstützung einiger islamistischer Parlamentarier benötigte. Auch die zwischenzeitliche Nachfolgerin Benazir Bhutto ließ es bei - nicht erfüllten - Absichtserklärungen bewenden. Wenn jetzt die Christen erneut die Abschaffung des Paragraphen 295-C fordern, den islamistische Politiker zunehmend im Rahmen von Schauprozessen gegen Nichtmuslime in angeblichen Blasphemie-Fällen als politischen Hebel auch gegen die Regierung in Islamabad einsetzen, richtet sich dies erneut an die Adresse von Nawaz Sharif. Daß aber der im Februar 1997 als Premierminister wiedergewählte inzwischen das Grab des Diktators Zia-ul-Haq an seinem Todestag am 17. August - wenige Tage nach den Jubiläumsfeierlichkeiten - im Rahmen eines symbolträchtigen Staatsaktes besuchte, läßt für die Anliegen der Christen und der übrigen betroffenen Minderheiten nichts Gutes ahnen.

Nusrat Ali Khan ist tot

Der populärste Musiker des Subkontinents, Nusrat Ali Khan, ist überraschend am 16. August in einer Londoner Klinik an Leberversagen gestorben. Der wegen seiner Körperfülle auch als "singer Buddha" bekannte Qawwali-Interpret befand sich von Pakistan aus auf dem Weg in die USA, wo er sich wegen akuter Hepatitis-B und Hepatitis-C sowie starken Leberbeschwerden in ärztliche Behandlung begeben wollte. Während eines Zwischenstopps in London klagte er seit Jahren an Diabetes leidende Musiker plötzlich über Nierenschmerzen und wurde in ein Krankenhaus eingeliefert.

Mit Nusrat Fateh Ali Khan verliert Pa-

kistan seinen einzigen Star von internationaler Bedeutung. Als Pionier der Ethnopop-Welle stieg er mit seinen mitreißenden exotischen Hits, die traditionelle klassische Qawwalis mit Elementen westlicher Pop-Musik kombinierten, zu Beginn der achtziger Jahre zu Weltruhm auf. Der Durchbruch gelang ihm dabei über die Zusammenarbeit mit Peter Gabriel, mit dem er mehrere Alben produzierte. Auch die Filmmusik zu mehreren Hollywood-Streifen wie "Last temptation of the Christ" geht auf Kompositionen von Nusrat Ali Khan zurück. Die größten Erfolge feierte der große pakistanische Künstler jedoch mit seinen Kassenschlagern "Maula Ali Ali" und "Mast Mast", eine ganze Generation in Pakistan in Verückung versetzte.

Deutsche Kriegsschiffe für Pakistan

Deutschland wird Pakistan drei Marineschiffe für den Einsatz in Küstengewässern verkaufen. Dies gab nach pakistanischen Presseberichten vom 20. August der Parlamentarische Staatssekretär des Bonner Verteidigungsministeriums, Bernd Wilz, nach viertägigen Gesprächen mit Vertretern der Sharif-Regierung im Rahmen einer Pressekonferenz in Islamabad bekannt. Offen blieb jedoch, um welche Bootsklasse es sich bei dem Rüstungsgeschäft handelt. Dazu verlautete nur, daß die Schiffe für den Dienst in der Küstenwache im Kampf gegen den Drogenhandel und andere Verbrechen geeignet seien. Die pakistanische Seite hatte bei den Verhandlungen offenbar den Wunsch nach acht weiteren Schiffseinheiten geäußert, was jedoch der CDU-Politiker nach eigenen Angaben ablehnte. Auf entsprechende Journalistenfragen hin bestätigte Wilz, daß Islamabad auch an der Lieferung deutscher Waffensysteme Interesse gezeigt habe. Sein Land sei gegenwärtig jedoch nur in den Bereichen Training, Ausbildung und Sanitätsdienst zu einer engeren militärischen Kooperation bereit, zitierte die Tageszeitung 'Dawn' den Staatssekretär. Zum gegenwärtigen Stand der deutsch-pakistanischen militärischen Zusammenarbeit befragt, verwies Wilz auf das bestehende Austauschprogramm zur Fortbildung von Nachwuchsoffizieren beider Länder, das pakistanischen Offizieren ein Studium an den Führungsakademien der Bundeswehr und Bundeswehroffizieren einen Aufenthalt am 'Pakistan's Staff and Command College' sowie am 'National Defence College' ermöglicht habe.

In Zukunft könne Deutschland pakistanischem Armeepersonal auf medizinischem Gebiet und zur Vorbereitung von Einsätzen im Rahmen "friedenshaltender Maßnahmen" zusätzliche

Trainingskapazitäten anbieten, hieß es.

15 Bahnstrecken werden stillgelegt

Die chronisch defizitäre staatliche Eisenbahngesellschaft 'Pakistan Railways' (PR) legt in allen Teilen des Landes insgesamt 15 besonders verlustbringende Streckenabschnitte still. Dies gab ein PR-Sprecher am 19. August in Islamabad bekannt. Betroffen sind zumeist wenig befahrene Nebenstrecken in abgelegenen ländlichen Gebieten, aber auch wichtige Verbindungen wie die zwischen den beiden punjabischen Millionenstädten Lahore und Faisalabad. Auch die Zugverbindungen von Lahore zum einzigen indischen Grenzübergang bei Wahga sowie von Baluchistans Provinzhauptstadt Quetta zur 800 Kilometer entfernten iranischen Grenzstadt Zahedan fällt dem Rotstift zum Opfer. Damit ist Pakistans noch aus der britischen Kolonialzeit stammendes und bislang 8.775 Kilometer langes Eisenbahnnetz endgültig vom internationalen Zugverkehr abgeschnitten. Schon vor den jüngsten Stilllegungen war das pakistanische Streckennetz seit der Unabhängigkeit im Jahr 1947 um die Hälfte geschrumpft. Sorgen bereiten den Verantwortlichen insbesondere die stark rückläufigen Beförderungsleistungen der Eisenbahn. So schrumpfte der Personenverkehr in den letzten zehn Jahren um 40 Prozent, während der Gütertransport um Rund ein Drittel zurückging. Derzeit läuft mit finanzieller Unterstützung ausländischer Geber ein Modernisierungsprogramm für die pakistanische Bahn, das neben der Sanierung des Schienennetzes auch eine Überholung und Modernisierung von Lokomotiven und Waggons vorsieht.

China errichtet Grenzbarrieren

Die Regierung in Peking hat am 11. August Presseberichte bestätigt, daß China die bislang offene Grenze zu Pakistan zumindest teilweise mit Stacheldraht und Grenzbefestigungen abriegeln werde. Auf der Paßhöhe selbst - bisher nur durch Grenzsteine und einen symbolischen Schlagbaum markiert - sollen laut pakistanischen Zeitungsmeldungen bereits neue Zollgebäude stehen. Tausende chinesische Arbeiter sollen dort derzeit rund um die Uhr im Einsatz sein, um das Gelände um den 5.000 Meter hoch liegenden Khunjerab-Paß großräumig abzusperren. China dementierte Spekulationen, daß diese Maßnahmen auf eine nachhaltige Abkühlung der traditionell guten Beziehungen schließen lasse. Man wolle lediglich die Grenzkontrollen verbessern und die Kapazitäten der Zollabfertigung erhöhen, hieß es aus Peking.